

Simonis, Udo E.

Book Part — Digitized Version

Qualitatives Wachstum - Schlagwort oder neue Perspektive?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1982) : Qualitatives Wachstum - Schlagwort oder neue Perspektive?, In: Jan Jarre (Ed.): Wirtschaft ohne Wachstum: Erfahrungen, Konsequenzen, Perspektiven. Tagung vom 5. bis 7. Mai 1982, Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum, pp. 84-109

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112182>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

QUALITATIVES WACHSTUM - SCHLAGWORT ODER NEUE PERSPEKTIVE ?

Professor Dr. Udo Ernst S i m o n i s , Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin

"Die Alternative gelte einer Welt, in der die Wirtschaft nicht mehr den Mittelpunkt der Gesellschaft und die Arbeit nicht mehr den Mittelpunkt des menschlichen Lebens ausmacht." (Ralf Dahrendorf)

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff Qualität erfordert eine gewisse geistige Anstrengung. Über das, was qualitatives Wachstum ist, werden wir uns intensiv unterhalten müssen. Ich habe gestern einige Stunden die Diskussion verfolgt und den Eindruck gewonnen, daß die Wiedererreichung eines hohen Wirtschaftswachstums als eine absolute Notwendigkeit für unsere Gesellschaft begriffen wird. Ohne Wirtschaftswachstum, so könnte ein Fazit des gestrigen Tages lauten, ist der soziale Zusammenbruch vorprogrammiert. Über Sinn und Zweck, über Art und Form des Wirtschaftswachstums wird aber vielleicht nicht genug diskutiert. Oder doch? Ich danke für die Einladung zu dieser Tagung, und ich begreife diese Einladung als einen Vorschlag zur Diskussion.

Meinen Ausführungen habe ich ein Zitat vorangestellt, das von Ralf Dahrendorf stammt. Es leitet über zu der Frage, ob sich Studenten, mit denen ich zu tun habe, Professoren, der ich einer bin, ob sich Politiker, Gewerkschaftler, Unternehmer, ob sich die Bürger insgesamt eine Welt vorstellen können, in der die Wirtschaft nicht mehr der Mittelpunkt der Gesellschaft und die Arbeit nicht mehr der Mittelpunkt des menschlichen Lebens ist. Das kann man sich im westlichen Kulturkreis (und in Teilen des östlichen Kulturkreises) ganz offensichtlich bisher nicht vorstellen. Unsere Gesellschaft ist zwar dabei, Abschied zu nehmen von den hohen Wachstumsraten der Vergangenheit - und einzelne Mitglieder der Gesellschaft haben auch die Arbeit freiwillig, viele andere haben sie unfreiwillig aus dem Mittelpunkt ihres Lebens gestellt; aber insgesamt, gesamtgesellschaftlich gesehen, brauchen wir doch Wachstum, oder?

Man spricht gelegentlich über soziale, ökologische, politische Implikationen des Wirtschaftswachstums; man fordert ein anderes Wachstum.

Und ich bin eingeladen worden, über qualitatives Wachstum zu sprechen. Wachstum also muß sein, nur qualitativ soll es werden - ein anderer Wachstumstyp muß her. Können wir uns also keine Wirtschaft vorstellen ohne Wachstum? Offensichtlich nicht, weil die Auswirkungen einer Stagnation der Wirtschaft als bedrohlich erscheinen. Und so sind denn die Antworten (fast) aller, die sich mit dieser Frage professionell befassen, eindeutig: Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute fordern Lohnpause (oder Neuverschuldung des Staates), um ein Wachstum der Produktion und der Beschäftigung, um Preisstabilität und Ausgleich der Zahlungsbilanz zu erreichen. Die Gewerkschaften verlangen ein Beschäftigungsprogramm. Industrievertreter fordern die Beseitigung von Investitionshemmnissen, also den Abbau von Steuern, von Gesetzen und Regulierungen des Marktes. Die Regierung will auch ein Beschäftigungsprogramm auf die Beine stellen, aber die Opposition läßt es nicht zu. Und die wirtschaftswissenschaftliche Profession, der ich selbst angehöre, bewegt sich - nicht unbeeinflußt von politischem Tagesgeschehen - mehr und mehr weg vom Neo-Keynesianismus und hin zu einem Neo-Neo-Klassizismus (oder, wie das heute heißt, zur "Angebotsökonomie"), alles im Namen von oder auf der Suche nach Wachstum.

Große Einigkeit, so scheint es, also im Hinblick auf die Notwendigkeit von Wachstum, Widersprüche aber bei der Frage, wie das Wachstum beschaffen sein sollte. Obwohl über kaum ein Thema so viel geschrieben worden ist, wie über das Wachstum der Wirtschaft, erleben wir jetzt einen Boom zum Thema "Qualifizierung des Wachstums", und das muß Gründe haben. Ich will mich im folgenden mit einigen dieser Gründe befassen und dazu zunächst drei einfache Fragen stellen: Warum qualitatives Wachstum? Was ist qualitatives Wachstum? Wie erreicht man qualitatives Wachstum?

I.

Ich will mein Thema mit einigen Thesen zu der ersten Frage beginnen und habe mir dazu sechs Thesen notiert.

These 1:

Niveau und Struktur des Produktivitätsfortschritts in der modernen Wirtschaft führen die allgemeine globale Wirtschaftspolitik, d.h.

eine nicht näher qualifizierte Wirtschaftspolitik, in das Dilemma von Arbeitslosigkeit: es ist steigende Produktion möglich bei verringertem Einsatz von Arbeit. Man nennt das "jobless growth", oder wie der Referent der Gewerkschaften gestern sagte, "Wachstum ohne zusätzliche Beschäftigung".

These 2:

Problemträchtige Technologien belasten Mensch und Umwelt und führen den Staat über die Beteiligung an der Entwicklung oder der Ent-sorgung dieser Technologien an die Grenzen seiner Refinanzierungsfähigkeit. Um diese These der begrifflichen Sauberkeit wegen neu zu formulieren, möchte ich folgende Umschreibung vorschlagen: problemträchtige Technologien sind Technologien, deren hohe betriebswirtschaftliche Produktivitätsvorteile durch ihre volkswirtschaftlich anfallenden Bewältigungskosten und ihre für den Menschen bzw. die Gesellschaft anfallenden Sozialkosten weitgehend oder ganz wettgemacht werden.

These 3:

Die traditionelle Wirtschaftsweise beruht auf einem Einsatz natürlicher Ressourcen und führt zu einer Belastung der natürlichen Umwelt, die die eintretenen Knappheiten nicht widerspiegeln oder diesen Knappheiten (noch) nicht entsprechen. Man kann diesen Zusammenhang ökonomisch und soziologisch auch anders formulieren: Die Umwelt wird auf keiner der beiden Seiten der wirtschaftlichen Produktionsfunktion ausreichend berücksichtigt. Die Erhaltung der Umwelt ist für die Gesellschaft kein Wert an sich.

These 4:

In Wirtschaften mit niedriger Wachstumsrate bricht angesichts der gegebenen Struktur der Einkommens- und Vermögensverteilung die (alte) Verteilungsfrage neu auf.

These 5:

Der Kompensationsmechanismus des Exports, der eine Entlastung der binnenwirtschaftlichen Situation ermöglicht, ist dann relativ schwach, wenn die außenwirtschaftliche Verflechtung hoch ist und/oder der Konkurrenzdruck der neuen Industrieländer zunimmt.

These 6:

Die Gesellschaften der westlichen Industrieländer befinden sich in einem Prozeß des Wertwandels bisher unbekanntem bzw. nicht hin-

reichend gemessenen Ausmaßes. Um diese These auf einen Begriff zu bringen: Die Postmaterialisten erfahren einen Bedeutungszuwachs, die Materialisten ein Bedeutungsverlust. Ökonomisch reduziert ausgedrückt gibt es zwei Tatbestände zu beobachten: den teilweisen Rückgang des individuellen Anspruchsniveaus und den Tatbestand, daß positive Wohlfahrtseffekte als geringer empfunden werden als die wahrgenommenen Nachteile der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung.

Ich möchte diese sechs Thesen im folgenden ein wenig vertiefen, weil sie den Hintergrund für unsere Diskussion darstellen können.

Zu den Thesen 1 und 2 kann man noch einmal festhalten, was gestern bereits mehrfach angeklungen ist. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit, insbesondere in der Bundesrepublik, aber auch in anderen westlichen Ländern, ist dadurch gekennzeichnet, daß der Produktivitätszuwachs erheblich höher ist als die Zunahme der Produktion (in bestimmten Phasen gab es keinen Zuwachs der Produktion, aber stets eine Zunahme der Produktivität, definiert als Produktion pro Beschäftigten oder pro Beschäftigtenstunde). Der Zuwachs an Produktivität, in diesem Sinne definiert, ist dann problematisch, (a) wenn die aufgrund der zunehmenden Produktivität mögliche Mehrproduktion effektiv nicht wohlfahrtssteigernd wirkt oder (b) wenn der Produktivitätszuwachs weder in Form verminderter Intensität der Arbeitsbelastung noch verringerter Arbeitszeit, sondern bei Erhöhung der individuellen Arbeitsbelastung und gleichzeitiger Freisetzung eines Teils der Arbeitskräfte erfolgt. Die weiterhin produktive Wirtschaft ist in gewissem Maße ambivalent, d.h. unter bestimmten Bedingungen führt sie nicht zu konkret nutzbarem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern zu erhöhtem Leistungsdruck und gelegentlich auch zur Existenzgefährdung. Während der größere Teil der Arbeitskräfte weiter, aber intensiver beschäftigt ist, wird ein kleiner Teil von der Teilnahme an der Produktion ganz oder teilweise ausgeschlossen. Es entsteht also ein neuer wirtschaftlicher Dualismus. Auf den Arbeitsmarkt bezogen, beobachten wir den Tatbestand einer "Segmentierung des Arbeitsmarktes". Gesellschaft-

lich betrachtet, entsteht eine zunehmende "Spaltung der Gesellschaft" in jene, die die Technik beherrschen und jene, die von ihr beherrscht werden.

Wenn Wirtschaftswachstum zu Wohlfahrtmehrung beitragen soll (Wohlfahrt nicht in der Alltagssprache wie "auf Wohlfahrt gehen" gemeint, sondern als ökonomische Wohlfahrt verstanden), also wenn dieser Wohlfahrtseffekt weiterhin als wünschenswert gilt oder angestrebt wird, so stellt sich der Wirtschaftspolitik die (schwierige) Aufgabe, daß die Produktion von Ungütern (die Zunahme von Produkten mit hohen Sozialkosten) und auch der schnelle Verschleiß der Produkte eigentlich reduziert werden muß. Und wenn weitere Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, müßte man einer niedrigen Wachstumsrate des Produktionsvolumens wirtschaftspolitisch mit einer systematischen Reduzierung der Arbeitszeit und einer Verminderung der Intensität der Arbeitsbelastung begegnen - oder aber mit einer stärkeren gesellschaftlichen Steuerung des Produktivitätszuwachses. Die Wirtschaftspolitik ist aber derzeit - und dies ist eigentlich eine weitere These - nicht in der Lage, diesen Wohlfahrtseffekt zu gewährleisten und den Arbeitszeiteffekt schnell und vor allen Dingen innovativ durchzusetzen. Eine stärkere Steuerung des technischen Fortschritts ist weitgehend ein gesellschaftliches Tabu. Vielleicht sollte ich hierzu noch etwas erläutern, - und dies ist vor allem für diejenigen unter Ihnen gedacht, die ich mit dieser ergänzenden These erschreckt habe.

Im Gefolge der Einführung neuer technischer Verfahren findet in jüngster Zeit immer mehr ein technischer Wandel in Richtung einer raschen relativen Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen statt, bei einer relativen Abnahme von Erweiterungsinvestitionen. Auf diese Weise werden im Ergebnis Arbeitskräfte ersetzt bzw. vorhandene Arbeitsplätze vernichtet. Teilweise sinkende Arbeitsplatzsicherheit, berufliche Dequalifizierung, erhöhte Intensität der Arbeit bei gleichem (oder sogar vermindertem) Einkommen können die Folge sein. Entsprechend hat jede länger andauernde Veränderung des Verhältnisses dieser beiden Investitionstypen, von denen ich gerade sprach, Konsequenzen

für den gesamten Nettobeschäftigungseffekt der volkswirtschaftlichen Investitionen. Daraus läßt sich wiederum ableiten, daß staatliche und kommunale Investitionsförderung, daß staatliche Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Förderung der Investitionen, die nicht ausreichend zwischen den Erweiterungsinvestitionen einerseits und den Rationalisierungsinvestitionen andererseits unterscheiden will oder unterscheiden kann, beschäftigungsmäßig kontraproduktiv ist: Sie ermöglicht Wirtschaftswachstum bei zunehmender Arbeitslosigkeit oder/und bei Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Was meine These 3 (Umweltbelastung und Rohstoffknappheit) angeht, so möchte ich folgendes zu bedenken geben: In den 60er Jahren und auch noch in den beginnenden 70er Jahren war zu der Frage der Dauerhaftigkeit des Wirtschaftswachstums gesellschaftlich gesehen kein nennenswertes Problemverständnis vorhanden. Das kann man belegen: Im "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft", dem sog. Stabilitätsgesetz, sind weder die Zielindikatoren noch die sonstigen Begrifflichkeiten auf rohstoff- und energiebedingte Knappheiten oder ökologische Kategorien hin definiert. Schlicht gesagt: man findet diese Begriffe in diesem Gesetz gar nicht, und es ist bis heute nicht novelliert worden.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen schien damals ohne "stetiges und angemessenes" Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar. Daß die Lebensbedingungen durch Wirtschaftswachstum auch gefährdet werden können, war zwar theoretisch vorformuliert, in bestimmten Bereichen auch praktisch aufgezeigt, aber ganz sicherlich nicht ins allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein getreten. Inzwischen hat sich da einiges geändert. Wir haben eine Reihe von konkreten Belastungsgrenzen der natürlichen Umwelt kennengelernt, die Abwälzung externer Effekte privater oder individueller Tätigkeit bei der Produktion, wie auch beim Konsum ist sichtbar geworden. Mittlerweile hat sich für die Behandlung der Problemprodukte des Wirtschaftens und der dafür aufgewendeten defensiven Ausgaben eine eigene Begriffsfassung ergeben: der "Entsorgungssektor der Wirtschaft" wächst.

Wenn ich vorhin von den Rationalisierungsinvestitionen gesprochen habe, so muß ich diesen Begriff und Tatbestand hier wieder aufgreifen. Rationalisierung wird eigentlich fast ausschließlich verstanden als Substitution von Arbeit durch Kapital, von Arbeitskraft durch Maschinen. Die Gefahren, die daraus resultieren können im Hinblick auf einen befriedigenden Beschäftigungsstand, sind gestern abend in der Diskussion auch angesprochen worden. Neben dieser Art von Rationalisierung, dem Ersatz von Arbeit durch Kapital, gibt es aber auch Rationalisierungsinvestitionen, mit denen nicht der relative Einsatz von Arbeit, sondern der relative Einsatz von Energie und Rohstoffen reduziert wird. Verfahren also, die Rohstoffe und Energie ökonomischer einzusetzen oder durch alternative Methoden Energie zu gewinnen und Rohstoffe zu konservieren. Wenn dies ist eher eine Frage, die ich stelle - der technische Wandel mehr als bisher auf Gebrauch und Wiederverwertung, denn auf Verbrauch und Durchfluß von Ressourcen orientiert werden könnte, dann würde der Wachstumsprozeß stärker qualifiziert. Entsprechende Investitionsförderung, entsprechend differenzierende Wirtschaftspolitik, würde dann nicht nur den Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt abbauen, sondern auch das Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Beschäftigung erleichtern. Rohstoffrecycling, Energierückgewinnung, geschlossene Energie- und Rohstoffkreisläufe und damit einhergehende neue Schwerpunkte in der Produktpalette der Unternehmen könnten in diesem Sinne dann einen positiven, gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Umschwung des Nettobeschäftigungseffektes der Investitionen bewirken, so daß die Energie- und Rohstofffrage keine Bedrohung darstellt, sondern eine "Chance für Kreativität und Wachstum der Wirtschaft" bietet. Obwohl das Vorhandensein physischer und auch psychischer Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums mehr und mehr anerkannt zu werden scheint, ist die Ausgestaltung einer entsprechend integrierten wirtschaftspolitischen Strategie bisher nicht erfolgt bzw. in hohem Maße umstritten. Ich gebe hier nur ein aktuelles Stichwort: "Energiesteuer". Das Konzeptpapier zu diesem Vorschlag ist so schnell wie kaum ein anderes wirtschaftspolitisches Papier wieder im Papierkorb gelandet. Ich will dieses Papier nicht loben, das können andere tun, ich müßte es nämlich auch gleichzeitig kritisieren. Stattdessen möchte ich den Grundgedanken (Reduzierung des Verbrauchs einer wichtigen Ressource) ergänzen: Bisher ist die Frage der

Einbeziehung der Umwelt in dem Zielkatalog der offiziellen Wirtschaftspolitik völlig offen. Auf welche Weise und mit welcher Konsequenz man "Umweltstabilisierung" als allgemeines wirtschaftspolitisches Ziel neben das der "Preisniveau-Stabilität" und der "Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus" treten könnte, ist bisher nur von einem Ökonomen aufgezeigt worden. Praktische Umweltpolitik folgt im wesentlichen einem medialen Ansatz, d.h. sie versteht sich als Immissionspolitik, als Politik der Luft- und Wasserreinhaltung, der Lärmbekämpfung und Abfallbeseitigung. Insofern ist sie Reparatur und Bremsung, vielleicht auch Verzögerung von wirtschaftlichen Teilprozessen, nicht aber integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik.

Ich komme zu meiner These 4 zurück, die einen Zusammenhang zwischen der alten und der neuen Verteilungsfrage anspricht. Wie immer man Gerechtigkeit definieren mag, kaum jemand wird behaupten können, daß es gelungen sei, eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen herbeizuführen. Weder die staatliche Steuerpolitik noch die gewerkschaftliche Lohnpolitik haben das Verteilungsproblem, wie immer man es definiert (funktionell, personell, geschlechtsspezifisch usw.) einer Lösung nähergebracht. Konsequenz: bei rückläufiger oder niedriger Wachstumsrate der Wirtschaft muß die Verteilungsfrage neu aufbrechen. Die Gründe für diese These hat ein amerikanischer Ökonom einmal in zwei Sätzen zusammengefaßt: "Wirtschaftswachstum ist ein Substitut für die Forderung nach einer gerechten Einkommensverteilung. Solange die Wirtschaft wächst, besteht Hoffnung und das läßt große Einkommensunterschiede erträglich erscheinen." (H. C. Wallich). Die Wirtschaftspolitik herkömmlicher Art gerät bei niedrigen Wachstumsraten daher in ein Dilemma. Eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Prinzipien, wie sie neuerdings von großen Gruppen der ökonomischen Profession vertreten wird, ist in bezug auf die Verteilungsfrage nicht zieladäquat. Eine stärkere Betonung staatlicher Interventionen wird dagegen nicht als systemadäquat, nicht als mit dem System der Marktwirtschaft vereinbar angesehen. Auch hier nur ein Stichwort: der Vorschlag zur "Anhebung des Grenzsteuersatzes" und die Aufnahme dieses Vorschlages in der Öffentlichkeit könnten diese These belegen.

Die These 5 betraf die außenwirtschaftlichen Ausgleichsmechanismen, die rasches Wirtschaftswachstum weiterhin möglich machen, selbst wenn die binnenwirtschaftliche Situation schwierig ist. Die Bundesrepublik ist ein Beispiel für außerordentlich hohe Verflechtung mit dem Ausland. (Wie man das ermittelt, ist ein Problem für sich). Diese Mechanismen, die früher dazu beigetragen haben, daß trotz binnenwirtschaftlicher Problemlagen so etwas wie Lösungen erwachsen konnten dadurch, daß man den Export intensivierte, sind dann nur in geringem Maße gegeben, wenn die Verflechtung mit dem Ausland schon außerordentlich hoch ist und wenn der Konkurrenzdruck neuer Industrieländer eine weitere Steigerung dieses Verflechtungsgrades nicht zuläßt. Wenn heute also die Überkompensierung binnenwirtschaftlicher Absatzprobleme durch die Eroberung von Auslandsmärkten schwierig ist oder nicht möglich erscheint, so muß man hinzufügen, daß sie auch in der Vergangenheit in irgendeiner Weise immer schon zweischneidig war: dem positiven Beschäftigungseffekt, der daraus resultierte, stand ein negativer Preiseffekt gegenüber ("importierte Inflation"). Neben diesem negativen Preiseffekt stand der Effekt einer wachsenden Abhängigkeit vom Ausland, die "importierte Abhängigkeit". Für die Zukunft sind also sowohl die Möglichkeit als auch die Wünschbarkeit einer weiteren Zunahme der außenwirtschaftlichen Verflechtung zur Diskussion gestellt. Während die importierte Inflation aufgrund unausgeglichener Handelsbilanz einer importierten Inflation aufgrund der Preissteigerung bei einigen Rohstoffen gewichen ist, bringt die Intensivierung des Wettbewerbs von seiten alter und vor allen Dingen junger Industrieländer neue außenwirtschaftliche Bedingungen mit sich. Zusammen mit dem zunehmenden handelspolitischen Protektionismus dürfte dies alles dazu führen, daß nur solche Sektoren und Regionen der Wirtschaft ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen werden, deren Produkte und Produktionsprozesse durch hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und ausgeprägte Qualifikationsanforderungen gekennzeichnet sind, während andere Sektoren und Regionen unter verstärkten Anpassungsdruck geraten. Kann die Wirtschaftspolitik auf diese neuen Entwicklungen ausreichend reagieren? Meine Vermutung ist, daß sie nicht ausreichend reagieren wird. Die wachstums- und beschäftigungsmäßige Ausgleichsfunktion des Exports von Industrieprodukten erscheint also in der Zukunft und besonders für die deutsche Wirtschaft als zumindest eingeschränkt. (Diese These müßte man

natürlich in Bezug auf eine kurz- und längerfristige Betrachtung differenzieren, d.h. daß es Erleichterungen temporärer Art geben kann, und die jüngsten Zahlen deuten eine solche Erleichterung an.) Die Frage, die daraus entsteht, ist die nach der Ausgleichsfunktion des Dienstleistungssektors. Die Gewerkschaftsvertreter aber auch alle anderen von uns wissen, daß das die große Frage war im Zusammenhang mit der Diskussion um Begriffe wie "nachindustrielle Gesellschaft": die weitere Zunahme der Dienstleistungen als Hoffnungsschimmer für die Lösung des Beschäftigungsproblems, wenn und in dem Maße wie das Wachstum der Industrieproduktion nicht mehr zunimmt. Wie steht es um die Ausgleichsfunktion der Dienstleistungen?

Eine kurze Bemerkung dazu: In der Vergangenheit stand im Bereich der privaten und der öffentlichen Dienstleistungen einem unterdurchschnittlichen Wachstumsprozeß ein überdurchschnittlicher Beschäftigungseffekt gegenüber. Während die Industrie Arbeitskräfte freisetzte, hat der Dienstleistungssektor Arbeitskräfte aufgenommen, und das führte in etwa zu einem gesellschaftlich erträglichen Ausgleich. In diesem Sinne waren also Dienstleistungs- und Industriesektor gesamtwirtschaftlich gesehen komplementär. Die Einschätzung der zukünftigen Bedeutung dieser Ausgleichsfunktion der professionellen Dienstleistungen ist in erheblichem Maße abhängig - und hierin hat mich der Vortrag gestern abend bestätigt - von Voraussetzungen in Bezug auf Tempo und Struktur des technischen Wandels. Begriffe können manchmal etwas Positives signalisieren, aber auch Barrieren aufrichten. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Begriff aufgreifen, den ein ausgeprägter Wachstumsfetischist, Hermann Kahn, aber auch ein eloquenter Kritiker der mangelhaften ökologischen Orientierung der Wirtschaft, Martin Jänicke, gemeinsam benutzen: den Begriff der "Superindustrialisierung". Die moderne Gesellschaft entwickelt sich gar nicht in Richtung der nachindustriellen Gesellschaft, sondern in Richtung einer "superindustriellen Gesellschaft". Gemeint ist damit, daß die Tendenzen der weiteren Professionalisierung der Dienstleistungen so ausgeprägt sind, daß die Erwartung (oder Hoffnung) einer Überwindung des Industrialismus (bei stärkerer Ausweitung des Dienstleistungssektors) wahrscheinlicher gar nicht aufgehen wird.

Herr Leister hat eigentlich gestern den ganzen Abend von der weiteren Professionalisierung der Dienstleistungen gesprochen. Er nannte das Informationsgesellschaft. Er sprach - das ist aber eher eine Fußnote im Sinne meiner Bewertung - von der informationsbesitzenden Gesellschaft, nicht von der informierten Gesellschaft. Doch davon abgesehen, liegt in Bezug auf die Bedeutung der Dienstleistungen sicherlich eine gewisse Einzigigkeit vor: Wir haben über Dienstleistungen diskutiert und haben doch nur die professionellen Dienstleistungen gemeint. Das Stichwort "Vierter Sektor" ist z. B. nicht gefallen.

Anders ausgedrückt: in der gesellschaftlichen Diskussion steht die professionalisierte Dienstleistung im Vordergrund. Sie steht - im Vergleich zur Eigenarbeit, zur selbstverantworteten Arbeit, zur Nachbarschaftshilfe, zur kooperativen Zusammenarbeit - auch im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Problemdiskussion, so daß die vielfältigen Entwicklungen, die sich in Begriffen wie "Vierter Sektor" oder "Dualwirtschaft" niederschlagen haben und den (erneuten) Ausbau des informellen Wirtschaftssektors meinen, in ihrer Bedeutung für die Wohlfahrt der Bevölkerung wohl systematisch unterschätzt werden. Vielfach, wenn ich das hinzufügen darf, werden diese Entwicklungen auch in unqualifizierter Weise diffamiert. Da ist dann z. B. von "Untergrundwirtschaft" die Rede.

Was ich damit sagen will ist, daß die offizielle Wirtschaftspolitik den möglichen Wohlfahrtseffekt dieser neuen Strukturierung der Wirtschaft nicht aktiv aufgreift oder nicht aktivieren kann, weil dies (vermeintlich) den Prinzipien des Steuerstaates (Staatsverschuldung) widerspricht - und wahrscheinlich auch den Prinzipien des Sozialstaates, der die Fremdarbeit schützt, die Eigenarbeit aber nicht in gleicher Weise.!

Ich komme zu der These 6, dem erkennbaren Wertwandel und den Konsequenzen daraus. Ich würde dazu folgendes formulieren wollen: Wachstum muß nicht nur möglich, Wachstum sollte auch wünschenswert sein. Wollen wir Wachstum? Diese Frage, finde ich, müssen wir stellen. Was geschieht, wenn auf der Basis des schon Vorhandenen in Zukunft (bei Teilen der Gesellschaft oder für die Gesellschaft insgesamt) das, was fehlt oder was abhanden gekommen ist, einen höheren Stellenwert erhält - wenn Teile der Gesellschaft, eine

wachsende Minderheit, sich zunehmend an nicht-materiellen Werten orientieren werden? Subjektiv gesehen, verliert weiteres Wachstum an Bedeutung, wenn die zusätzlichen Nutzen, die es stiftet, negativ werden oder wenn der Nutzen, der aus der für zusätzliche Produktion aufgewendeten Arbeit entsteht, den Nutzen aus zusätzlicher Freizeit nicht mehr aufwiegt. Es ist durchaus eine offene Frage, ob unsere Wirtschaft diese "Schwelle der Rationalität" des Wachstums bereits erreicht oder überschritten hat. Es gibt Versuche, diese subjektive Ebene zu messen. Ich sprach vorhin von den Postmaterialisten und verweise hierzu beispielsweise auf Ronald Ingelhart, der mit seinen Untersuchungen über den Wertwandel in den westlichen Gesellschaften berühmt geworden ist und der den Versuch gemacht hat, diese Veränderung der Werte quantitativ zu messen. Objektiv gesehen verliert weiteres Wirtschaftswachstum an Bedeutung, wenn die realen Kosten zusätzlicher Produktion die realen Erträge übersteigen, wenn die mittelbaren Folgekosten größer werden als der unmittelbare Produktionszuwachs. Zu dieser Frage gibt es, im Gegensatz zu der subjektiven Frage, die ich eben anschnitt, bisher keine verlässliche Untersuchungen. Noch niemand hat die Nettowohlfahrt der Bevölkerung der Bundesrepublik überzeugend gemessen. Doch unabhängig davon, ob bzw. für wen man diese Fragen mit ja oder mit nein beantwortet, zunehmendes Wissen über die materiellen und immateriellen Voraussetzungen und Konsequenzen der Produktion (wie aber auch über die allgemeine und die schichtenspezifische Relativierung des Strebens nach zusätzlichem Einkommen) können sehr wohl zu neuen Bedingungen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung werden und die Forderung nach Alternativen des Wachstums mit begründen.

II.

Ich möchte nun zum zweiten Teil meiner Ausführungen kommen und der Frage nachgehen, was denn qualitatives Wachstum ist, wenn die Probleme des quantitativen Wachstums, wie ich sie soeben skizziert habe, ernstgenommen werden - oder zumindest nicht ganz falsch analysiert sind. Was wäre denn dann qualitatives Wachstum?

Vielleicht ist es gut, zunächst noch einmal zu referieren, was Wachstum ist. Der Wachstumsbegriff der Ökonomie, den Sie gestern und vorgestern diskutiert haben, ist nicht gottgegeben. Er ist zunächst nichts anderes als eine Konvention, mit erheblicher Reichweite zwar, doch nur eine Konvention, der die statistischen Ämter und auch die Lehrbücher folgen, die aber dennoch irgendwann einmal vor längerer Zeit festgelegt wurde, das heißt normativ ist. Insofern gibt es keinen Wesensunterschied zu einem alternativen Wachstumsbegriff, bestenfalls den, daß das Ausmaß des Konsens geringer wird, je weiter man sich von dem traditionellen Wachstumsbegriff entfernt. Das ist aber eine allgemeine Lebenserfahrung. Es gibt Begriffe, die man akzeptiert hat aufgrund von Erfahrung und die man deswegen nicht mehr in Frage stellt oder nicht in Frage stellen möchte. Wenn man sich den traditionellen Wachstumsbegriff, der nach dem Kriege durch Statistiker und Ökonomen fundiert wurde und über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und das betriebliche Rechnungswesen ermittelt wird, näher ansieht, dann kommt man sehr schnell zu der These, daß man das mit den herkömmlichen Methoden ermittelte Wirtschaftswachstum (die Zunahme des Sozialprodukts, real gemessen) nicht als qualitatives Wachstum bezeichnen kann, weil das betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig und fehlerhaft ist. Die entsprechende Kritik hat einige Erfolge zu verzeichnen in dem Sinne, daß inzwischen viel dazu geschrieben worden ist. Die Kritik an der herkömmlichen Methode der Messung des Wachstums setzt zunächst an bei dem Hinweis, daß alle jene menschliche Tätigkeiten, die nicht über den Markt abgewickelt werden bzw. für die kein Markt existiert, deshalb nicht oder nur ansatzweise in das Bruttosozialprodukt eingehen, und damit den Wachstumsbegriff bestimmen. Einige Stichworte dazu: Eigenleistungen der Haushalte; Nachbarschaftshilfe; die nicht behandelten Sozialkosten der Produktion und des Konsums; die öffentlichen Güter; die Freizeit. Selbst wenn man das Bruttosozialprodukt durch Ausschalten des Inflationseffektes bereinigt und Bevölkerungszu- oder abnahme berücksichtigt, um die "reale wirt-

schaftliche Entwicklung" besser ermitteln, so kommt man an diese qualitativen Probleme des bisherigen Wachstumsmaßes nicht heran, welches eben nur, mit gewissen Ausnahmen, die marktmäßig gehandelten Güter und Dienst erfaßt und mit ihrem Marktpreis bewertet. Etwas überspitzt formuliert: Das Bruttosozialprodukt als Wachstumsmaß ist so definiert, daß es mit zunehmender Freizeit, zunehmender Eigenarbeit, mit mehr Nachbarschaftshilfe, sparsamerem Energieverbrauch, besserer Pflege des Wohnungsbestandes, Erhaltung der natürlichen Umweltbedingungen usw. sinkt und daß es - umgekehrt - mit zunehmenden Wegekosten, wachsenden Werbeausgaben, häufigeren Verkehrsunfällen, zunehmendem spezifischen Rohstoffverbrauch, wachsenden Ausgaben für die Sanierung der Umwelt usw. steigt. Das heißt, daß das Bruttosozialprodukt sich in Bezug auf diese Beispiele umgekehrt dazu verhält, wie man es eigentlich von einem Wohlfahrtsmaß erwarten sollte.

Die Folgerung daraus kann für mich, vielleicht auch für Sie, nur heißen, daß die Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik am Wachstum des traditionell definierten Bruttosozialprodukts einer qualitativen Zielsetzung nicht gerecht wird. Damit stelle ich nicht die Notwendigkeit, die Sinnhaftigkeit, die Zweckmäßigkeit der Erfassung der wirtschaftlichen Leistung durch das volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Rechnungswesen in Frage, sondern die Konsequenzen, die daraus wirtschaftspolitisch gezogen werden. Ein bißchen einfacher ausgedrückt heißt das, daß das herkömmliche wirtschaftliche Rechnungswesen, mit dem bisher Wirtschaftswachstum ermittelt und bestimmt wird, keine Unterscheidung machen kann (und auch nicht machen will) zwischen guten und weniger guten Ausgaben. Es folgt der Devise, daß der gesellschaftliche Wert des am Markt gehandelten Gutes in dem dafür gezahlten Preis liegt.

Wenn man diese Argumentation ernst nimmt, so dürfte klar sein, daß der ökonomische Indikator "Bruttosozialprodukt" allein genommen keine ausreichende Basis für die Bestimmung und Gewinnung qualitativer sozioökonomischer Ziele sein kann. Angesichts der Komplexität menschlicher Bedürfnisse und

Interessen erscheint ohnehin jeder ausschließlich monetäre und eindimensionelle Maßstab als Zielkategorie der Wirtschaftspolitik problematisch. In diesem Sinne soll der Begriff qualitatives Wachstum einerseits die Notwendigkeit der Qualifizierung des bisherigen Wachstumsziels umschreiben, andererseits die der Vielfalt der menschlichen Bedürfnisse und Interessen entsprechende Mehrdimensionalität der sozio-ökonomischen Entwicklung zum Ausdruck bringen.

Es gibt inzwischen eine Reihe interessanter, methodisch allerdings höchst unterschiedlicher Ansätze zur Qualifizierung des Wachstumsziels, d.h. zur Frage, wie man das traditionelle Wachstumsziel, den Problemen entsprechend, die ich skizziert habe, umdefinieren könnte. Wenn meine Zeit reicht, möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über solche Möglichkeiten der Qualifizierung des Wachstumsziels aufzeigen.

Man kann drei Ansatzebenen oder Versuchsebenen unterscheiden: 1. Verbesserung, 2. Revision und 3. Ersatz der traditionellen ökonomischen Indikatoren. Ich will dazu jeweils einige kurze Ausführungen machen und ein paar Beispiele geben.

Zu 1: "Verbesserung der traditionellen ökonomischen Indikatoren". Hierzu hat man angeregt, die Entwicklung der Wirtschaft nicht mehr alleine an der Zunahme des Bruttosozialprodukts zu messen, sondern insbesondere die Verteilung mit einzu beziehen und diese beispielsweise am Integrationsgrad zu messen, der die Abweichungen der Entgelte der Produktionsfaktoren (vor allem die Lohndifferenzen) angibt. Das ist eine etwas komplizierte Sache, die man aber doch anhand von Beispielen gut erläutern kann: Wenn in einem Land das Niveau der Wirtschaftstätigkeit, gemessen am Bruttosozialprodukt, innerhalb eines Jahres um 5% gestiegen ist, während sich die Verteilungssituation, gemessen an den Unterschieden in der Entlohnung, verschlechtert hat, dann ist das Ergebnis nach der herkömmlichen Weisheit klar: In dieser Wirtschaft hat Wachstum stattgefunden. Wenn man dagegen einen Index hätte, der Wachstum und Verteilung in eins bringt, so ist die Antwort auf die Frage, ob diese Wirtschaft sich entwickelt hat, offen. Mißt man der Verteilungsfrage eine hohe Priorität bei (die sich beispielsweise dadurch ausdrücken ließe, daß in den gewichteten Index die Verteilung mit mehr

als 50% einging), dann wäre die Antwort eine andere: die Wirtschaft hat sich nicht entwickelt. Zu Ende gedacht können gewichtete Indizes dieser Art eine Revolution unseres Denkens über wirtschaftliche Entwicklungsprozesse mit sich bringen.

Ein zweites Beispiel stammt von einem amerikanischen Kollegen und ist - in anderer Form - von anderen Ökonomen aufgegriffen worden. Es ist der Vorschlag, das Sozialproduktkonzept zu unterteilen - und zwar in ein Bruttosozialprodukt I, als der Teil des Bruttosozialprodukts, der mit erneuerungsfähigen Ressourcen erzeugt wird und zu wiederverwendbaren Abfällen führt und in ein Bruttosozialprodukt II, das auf der Erschöpfung nicht ersetzbarer Ressourcen beruht und zur Ansammlung nicht abbaufähiger Abfälle führt. Die aus einer solchen Unterscheidung folgende wirtschaftspolitische Regel ist relativ einfach: Man maximiere das Bruttosozialprodukt I und minimiere das Bruttosozialprodukt II.

Im Rahmen der Diskussion um qualitativen Wachstum sind verschiedene Vorschläge diesem Grundgedanken gefolgt oder haben ihn aufgegriffen. Forderungen wie: "Herabsetzung der Wachstumsrate des Verbrauchs an nichtregenerierbaren Ressourcen", "Entkoppelung von Sozialproduktwachstum und Zunahme des Energie- und Rohstoffverbrauchs", "Konsequente Durchsetzung des nachträglichen Umweltschutzes" oder "Aufbau der Umweltschutzindustrie" usw. sind Variationen der genannten Entscheidungsregel. Auch der Vorschlag des NAWU-Reports, zur Neuformulierung der Wirtschaftspolitik sorgfältig zwischen Rationalisierungsinvestitionen Nr. 1 und Rationalisierungsinvestitionen Nr. 2 zu unterscheiden, wobei die ersten solche Investitionen sind, die zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Substitution von Arbeit durch Kapital führen und die zweiten solche, die zu einer Reduzierung des spezifischen Energie- und Rohstoffeinsatzes, zu einer Substitution von materieller durch geistige Energie führen, auch dieser Vorschlag ist hier anzusiedeln.

Zu 2:

Auch auf der Diskussionsebene, die ich mit "Revision der traditionellen ökonomischen Indikatoren" umschrieben habe, gibt es eine Reihe von Studien und Vorschlägen. Ich erwähne

den Vorschlag , in der volks- (und der betriebs-) wirtschaftlichen Gesamtrechnung ein "Umweltkonto" einzurichten. Die Erfassung von Leistungen und Belastungen der Natur durch das herkömmliche wirtschaftliche Rechnungswesen ist angesichts der entstandenen tatsächlichen Umweltprobleme völlig unzureichend. Es werden zwar einige Vorleistungen der Natur zum Wirtschaftsprozeß und auch die Ausgaben zur Sanierung von Umweltschäden erfaßt - die Produktion von Luftfiltern und Kläranlagen geht auf die gleiche Weise in das Brutto-sozialprodukt ein, wie die Herstellung von Brot und die Förderung von Öl; der Abbau von Erzen, die Erschließung von Erholungsgebieten werden zu Marktpreisen berücksichtigt, auch wenn diese deren absolute Knappheit nicht oder nur unzureichend berücksichtigen. Die Inkonsequenz des traditionellen Rechnungswesens besteht aber darin, daß ein der natürlichen Umwelt zugefügter Schaden erst dann in der Rechnung erscheint, wenn er behoben wird, wie immer diese Behebung aussehen mag. Eine Abnutzung oder Beeinträchtigung des produzierten Realkapitals in einem Unternehmen wird sofort und im Normalfall als Abschreibung erfaßt. Was aber nicht in gleicher Konsequenz erscheint, ist die Beeinträchtigung oder der Verzehr der natürlichen Umwelt als Folge wirtschaftlicher Aktivität. Diese Lage ergibt sich im wesentlichen aus der Geldwertbasis des Bruttosozialprodukts und des betrieblichen Rechnungswesens und auch der Tatsache, daß der Eigentümer einer Ressource diese, wenn er Eigentümer ist, gratis nutzen kann bzw. ausbeuten darf; er muß ja der Natur nichts dafür bezahlen.

Es liegt nahe, die Beeinträchtigung der Umwelt, des natürlichen Kapitals, wenigstens buchmäßig festzuhalten, wenn man sie denn nicht schon unterlassen hat. Ein Konto "Umwelt" ließe sich in diesem Sinne in die Logik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und auch in Form einer "ökologischen Buchhaltung" eines Unternehmens aufbauen. Zur Frage einer "ökologischen Buchhaltung" gibt es mittlerweile Bücher. Ich will das hier nur andeuten und stattdessen auf eine zweite Möglichkeit aufmerksam machen.

Es gibt inzwischen Untersuchungen (von Amerikanern, von Japanern und in jüngster Zeit von einem Griechen) zur Ermittlung der Netto-Wohlfahrt der Bevölkerung. Dabei wird das herkömmliche Rechnungswesen in dem Sinne revidiert, daß man wohlfahrtspositive Posten zuaddiert und wohlfahrtsnegative Posten des Wirtschaftens subtrahiert. Hierzu ein paar Stichworte: Größen für die zunehmende Freizeit und nicht-marktgängige Tätigkeit, über die jährliche Leistungsgrößen der Infrastruktur und der langfristigen Konsumgüter werden der herkömmlichen Rechnung hinzugefügt und Ausgaben zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Umwelt abgezogen; man hat darüber hinaus die nichtbehandelten Nettoschäden der Umwelt geschätzt und abgezogen, man hat die Kosten der zunehmenden Verstädterung (der zunehmenden Wegekosten, der Fahrzeit zwischen Arbeitsplatz und Wohnsitz) abgezogen und auf diese Weise die Netto-Wohlfahrt der Bevölkerung vermittel versucht.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind relativ spektakulär in dem Sinne, daß für die japanische und für die amerikanische Wirtschaft nachgewiesen werden konnte, daß der Nettowohlfahrtseffekt des Wirtschaftens zwar noch positiv ist, aber erheblich niedriger liegt als der Effekt, der nach der traditionellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Form des Bruttosozialprodukts gemessen wird. Mit anderen Worten: Diese Revision des Rechnungswesens würde aufzeigen, daß ein Wirtschaftswachstum, herkömmlich gemessen, nicht notwendigerweise Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung bedeutet. In diesem Indikator sind einige methodische Probleme enthalten, auf die ich hier nicht eingehen kann. Stattdessen möchte ich noch kurz die dritte Diskussions-ebene ansprechen, die "Ergänzung der traditionellen ökonomischen Indikatoren". |

Zu 3:

Nach Meinung vieler Sozialwissenschaftler, weniger von Ökonomen, bleiben die Versuche, die ich Ihnen kurz vorgestellt habe, eigentlich einen Schritt zu früh stehen. Insbesondere, so wird gesagt, sei die Vernachlässigung qualita-

tiver Aspekte in den ökonomischen Konzepten zu kritisieren. Die Ökonomie ist von Johan Galtung einmal wie folgt kritisiert worden: "Die Entwicklung der Gesellschaft wird eingeschränkt auf die Ebene des wirtschaftlichen Wachstums, die Bedürfnisse der Menschen sind reduziert auf das materielle ökonomische Bedürfnis nach steigendem Einkommen - und das ist alles." Dies kann nicht alles gewesen sein, sagen Kritiker, und schlagen Alternativen vor.

Ein Anschlag auf traditionelles Denken ist der Vorschlag, einen "Index der physischen Lebensqualität" zu entwickeln. Man hat das im Hinblick auf Entwicklungsländer gemacht, weil dort das Problem der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch deutlicher zutage tritt als in den Industriegesellschaften. Jeder, der einmal in einem Entwicklungsland gewesen ist, weiß, wovon ich spreche: die Diskrepanz in der Einkommensverteilung ist so dramatisch, daß der Sozialproduktindex eine regelrechte Verkehrung dessen ist, was in diesen Ländern stattfinden sollte. Hieraus entstand der Vorschlag, mit Hilfe von nicht-ökonomischen Indikatoren die Lebenssituation der Bevölkerung zu umschreiben. Dieser Index, der von einer Gruppe von Entwicklungsexperten vorgeschlagen worden ist, umfaßt drei Einzelindikatoren: Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Fähigkeit zu lesen und zu schreiben. Diese drei Indikatoren haben nicht primär etwas mit Ökonomie zu tun, sind aber doch durch die Ökonomie bedingt. Dieser Index ist ein vergleichender Index in dem Sinne, daß die Lebenserwartung ja nicht nach unendlich geht. Man fragt: wo ist die niedrigste und wo ist die höchste Lebenserwartung, gibt der niedrigsten den Wert 0 und der höchsten den Wert 100 und kommt auf diese Weise zu einem ganz anderen Index als dem des Bruttosozialprodukts.

Der Bruttosozialproduktindex ist theoretisch gesehen ein immer wachsender Index; von der Logik dieses Index her gibt es keine Grenze. Von der Logik des neuen, hier kurz vorgestellten Index, aber gibt es Grenzen. Es macht keinen Sinn,

diesen Index permanent maximieren zu wollen, es macht Sinn, ihn an ein erstrebenswertes Niveau anzupassen. Interessant für uns sind nicht notwendigerweise die bei diesem Index verwendeten Indikatoren Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Fähigkeit zu lesen und zu schreiben. Das Interessante ist die Methodik: d.h. man sucht Bereiche, von denen man meint, daß sie für die Lebensqualität Bedeutung haben können und faßt sie zusammen zu einem Index - den man auch dann auch dem Bruttosozialprodukt gegenüberstellen kann. Mit Hilfe dieses Index könnte man beispielsweise feststellen, daß in einem bestimmten Land, einer Region, das Wachstum der Wirtschaft ganz erheblich gewesen ist, daß nach diesem Index die Bevölkerung aber schlechter abschneidet als vorher. Was dann? In dieser methodischen Vorgehensweise steckt ohne Zweifel ein kritisches Potential.

Man kann natürlich andere sinnvolle Indikatoren auf diese Weise zusammenfassen. Man hat das getan, und ich will gleich ein Beispiel dafür nennen. Im Auftrag der Vereinten Nationen sind schon vor einiger Zeit methodisch interessante Indikatoren entwickelt worden. Der "Index des Lebensniveaus", der vom Institut für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen in Genf entwickelt wurde, ist ein Index, der neun Lebensbereiche (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Freizeit, Sicherheit, soziale Umwelt, natürliche Umwelt) anhand einer Fülle von einzelnen Indikatoren mißt und sie bewertet, d.h. sie auch einfügt in die Frage: was sind eigentlich die kritischen Niveaus in den einzelnen Lebensbereichen? Diese Frage ist eine wichtige Frage, weil sozusagen die Logik des permanenten Wachstums hinterfragt wird.

Bei dem Beispiel "Ernährung" ist uns das allen klar. Es macht physiologisch keinen Sinn, die Zunahme an Vitaminen oder Protein maximieren zu wollen. Es gibt aufgrund von Erfahrung und aufgrund von Messungen Schwellenwerte, die zu überschreiten eher ungesund ist. Dieses ist ein Bereich, der relativ gut untersucht ist; die FAO richtet ihre Entwicklungspolitik daraufhin aus. In den anderen Bereichen, also z.B. Wohnen, Bildung, gibt es solche relativ unumstrittenen

Indikatoren bisher nicht. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß es sie geben wird. So ist ja der Soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik ausgerichtet an der Vorstellung, daß der Mensch mindestens eine bestimmte Wohnungsausstattung haben muß; er läßt offen, was er haben kann. Die Unterstützung des Bedürfnisses "Wohnen" setzt an einer Mindestgröße von Quadratmetern an, und die staatliche Unterstützung hört dann auf, wenn eine bestimmte Quadratmeterzahl überschritten wird. Es gibt also Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wo die Diskussion über das, was sinnvoll ist und nicht mehr sinnvoll ist - bis wohin das Wachstum gehen soll und wohin nicht - durchaus stattgefunden hat. Nach einigen Beispielen wird man aber bald aufhören, d.h. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Freizeit, natürliche Umwelt, soziale Umwelt gibt es solche tradierten Vorstellungen über das, was gut und was weniger gut ist, eben nicht - und darin liegt das Problem dieser Alternative. Würde man intensive gesellschaftliche Diskussionen in diesen Teilbereichen haben, dann würde man besser Bescheid wissen über das was angestrebt werden soll.

Zu diesem Bereich der Indikatoren, den sozialen Indikatoren, ist viel an wissenschaftlicher Literatur geschrieben worden. Ich kann darauf hier nicht mehr näher eingehen. Ich möchte jedoch ein gewisses Fazit ziehen. Die meinem Referat gestellte Frage, ob die Qualität des Wirtschaftens, der Produkte, der Produktionsprozesse, der Investitionen und des Konsums quantitativ erfaßbar ist, habe ich nicht voll beantworten können. Einige der Möglichkeiten hierzu konnten aber aufgezeigt werden. Was ich aber eigentlich hier zusammenfassen möchte, ist folgendes: Der Begriff "qualitatives Wachstum" ist m.E. hervorragend dazu geeignet, die Notwendigkeit bewußter zu machen, daß es für die Bestimmung der wünschenswerten und der nicht wünschenswerten Entwicklung des individuellen und auch des gesellschaftlichen Lebens insgesamt ausdrücklicher, für den Einzelnen und die Gesellschaft nachvollziehbarer Wertentscheidungen bedarf. Dieses normative Problem ist bei der vorherrschenden Fixierung auf das eher eindimensional bestimmte und nach wie vor dominante Ziel "Wirtschaftswachstum" - als quantitative

Zunahme des m.E. unzureichend qualifizierten Sozialprodukts - verdrängt worden, aber es ist nicht beseitigt. Man hat gemeint, dieses sei kein normatives Problem mehr: alle wissen, was "Wachstum" ist und alle wollen es. Ich habe gesagt, dies ist eine Konvention, die auf normativen Vorstellungen beruht, und deswegen kann man diese Normen auch kritisieren. Sie und ich müssen also nicht ein und der gleichen Meinung sein darüber, was Wachstum ist. Was wäre aber, wenn wir uns - und das ist sicherlich wichtig - über die Qualität des Wirtschaftswachstums einiger geworden wären? Wie wäre dann qualitatives Wachstum erreichbar?

III.

Diese dritte Frage meines Referates provoziert eine solche Fülle grundsätzlicher Erörterungen methodischer, institutioneller, organisatorischer und politischer Art, daß ich sie ganz sicherlich hier und jetzt nicht beantworten kann. Doch über die entsprechenden Strategien, über das Dilemma der Gewerkschaften und das der staatlichen Politik ist gestern schon einiges gesagt worden, so daß es mir sinnvoll erscheint, mich auf ein paar Aspekte institutioneller Art zu beschränken. Ich muß nicht ausdrücklich betonen, daß ich der Indikatorenforschung, d.h. der Zielfindung ein besonderes Gewicht beimesse. Die Diskussion um die Indikatoren qualitativen Wachstums muß weitergehen, möglichst empirisch orientiert. So wäre z.B. unbedingt die Ermittlung der Nettowohlfahrt der deutschen Bevölkerung wünschenswert. Ich will das aber nicht vertiefen, sondern stattdessen zum Schluß auf einige institutionelle Überlegungen beispielhaft eingehen und dabei auf einige der eingangs genannten Gründe der Diskussion um qualitatives Wachstum zurückkommen.

Herkömmliches Wachstum, so lautete eine der Thesen, beruht zum Teil auf problemträchtigen Technologien. Herkömmliches Wachstum, so war in einer anderen These gesagt worden, führt zum Teil zu erheblichen Belastungen der natürlichen Umwelt. Wenn man diese Einschätzungen teilt, so ist die Frage gestellt nach den institutionellen Lösungen, die sich hier anbieten. Die Antworten sind unterschiedlich, je nach dem aus welcher Richtung man denkt. Personifiziert betrachtet,

sind die Vertreter der reinen marktwirtschaftlichen Lösung dieser Probleme der Meinung, daß sich bei einem freien Spiel der Marktkräfte eine ökologisch erwünschte Struktur des Wachstums von selbst ergeben würde über die geänderten bzw. sich ändernden Knappheitsverhältnisse bei den natürlichen Ressourcen und bei den Umweltmedien. Anders ausgedrückt: wenn die Ressource Öl quantitativ knapp wird, wenn die Luftqualität ein bestimmtes Maß unterschreitet, werden Mechanismen wirksam, die zu einer Stabilisierung dieser Bedingungen führen; konkret gesprochen: der Preis für Öl steigt, für die Wiederherstellung der Luftqualität werden Investitionen getätigt. Dieser Quasi-Automatik einer rein marktwirtschaftlichen Lösung der Aufgabe des qualitativen Wachstums kann man mißtrauen - z.B. mit dem Hinweis, daß die bisherigen Erfahrungen, daß die eingetretenen Probleme dem widersprechen. Aufgrund der allgemeinen Orientierung des Wirtschaftens, aufgrund der Konventionen im Rechnungswesen usw. können nur die Ausschnitte der Naturbelastung "in die Märkte hereingeholt" werden, die mit dem Gewinnkriterium vereinbar sind. Nur wenn man nicht in die Verlustzone gerät, ergreift man Maßnahmen. Erst wenn man Investitionen in die Herstellung von Umweltschutzgütern vornehmen kann, für die ein Markt investiert, gibt es eine "Umweltschutzindustrie". Was aber ist, wenn diese Kriterien nicht erfüllt sind? Wenn Auflagen und Vorschriften zum Umweltschutz zu Verlusten führen und wenn Umweltschutzprodukte keinen Markt finden? Hier liegt sozusagen das Ende der reinen Marktlogik.

Wenn der Markt bzw. die geltenden Rahmenbedingungen die genannten Probleme einer stärkeren Qualifizierung des Wirtschaftswachstums nicht lösen können-- ich mach dazu mal ein Fragezeichen, zu dem wir anschließend diskutieren sollten - wie wäre denn dann, wenn man diese Prämisse akzeptiert, eine Ergänzung des Marktmechanismus möglich? Welche institutionellen Vorkehrungen wären angebracht, wenn man nicht gleich in das Extrem verfallen will, durch zentralisierte Regulierung vorhandene Probleme lösen zu wollen? Die Frage nach sinnvollen Ergänzungen des Marktmechanismus möchte ich hier anhand von drei Vorschlägen beantworten, über die zum

Teil schon seit längerem, zum Teil aber noch gar nicht öffentlich diskutiert wird - und dies sind dann meine Schlußbemerkungen.

Ich möchte Ihnen drei Ideen vorstellen, für die ich jeweils ein passendes Kürzel gefunden habe: UVP, TFA und SUT. Diese drei Ansätze dienen alle der Einschätzung von Wirkungen der Produktion auf die Umwelt (ich greife also nur zwei der Eingangsthesen heraus). Wie erreicht man qualitatives Wirtschaftswachstum? Wenn man dieses Thema auf den Umweltaspekt konzentriert und die Frage stellt, wie man die negativen Wirkungen bestimmter Produkte, Produktionsanlagen und Produktionsverfahren umorientieren könnte in dem Sinne, daß wünschenswerte, qualifiziertere Ergebnisse entstehen, so gelangt man zur UVP: Die "Umweltverträglichkeitsprüfung" könnte als Grundlage einer politischen Entscheidung über die Zulassung bestimmter Produkte, Produktionsanlagen und Produktionsverfahren dienen, etwa entsprechend den Genehmigungsverfahren, wie sie bei Arzneimitteln, Automobilen, Energieerzeugungsanlagen (man denke auch an die Technische Überwachungsvereine) bereits finden. Die Zielsetzung wäre, Aussagen über mögliche oder wahrscheinliche Schädigungen der natürlichen Umwelt (und via natürliche Umwelt auf den Menschen) in private und in behördliche Entscheidungen über Produktentwicklung und -anwendung stärker als bisher oder überhaupt zum erstenmal einzubeziehen. Über die UVP, ihre Grenzen und Möglichkeiten, müßte man eigentlich ein ganzes Referat halten, was hier nicht geschehen kann.

Der zweite institutionelle Ansatz zur Qualifizierung des Wirtschaftswachstums ist die TFA. "Technologiefolgenabschätzung" ist zunächst einmal eine Informationsstrategie - um einen Begriff von gestern abend aufzugreifen -, die sich auf langfristige Wirkungen einer Technologie bezieht, wie z.B. der Mikroelektronik, der Gentechnik, der Kernenergie. TFA ist gewissermaßen eine langfristig prognostizierende Umweltverträglichkeitsprüfung, wobei jedoch (neuerdings) neben den Auswirkungen auf die physische Umwelt auch die Konsequenzen für das Sozialsystem in den Mittelpunkt der Betrachtung getreten sind, Stichwort:

Sozialverträglichkeit technologischer Entwicklungen.

Das dritte Beispiel, auf das ich kurz eingehen möchte, ist die SUT, über die bisher öffentlich noch nicht diskutiert wird. Eine "Stiftung Unternehmenstest" zu etablieren wäre eine - etwa in Analogie zur Stiftung Warentest zu betreibende - Informationsstrategie, die die Leistungserstellung eines privaten Unternehmens oder einer staatlichen Organisation daraufhin prüft, ob diese möglichst umweltfreundlich erfolgt oder nicht - wobei insbesondere Vergleiche mit anderen Unternehmen der gleichen Branche des In- und des Auslandes, aber gegebenenfalls auch mit anderen Branchen oder mit dem Stand der Technik als Beurteilungsgrundlagen herangezogen werden könnten. Die Stiftung Warentest, die Sie kennen, unternimmt neuerdings Versuche, ihre Tests auch unter ökologischen Kriterien vorzunehmen. Ein Problem dieser Stiftung besteht aber darin, daß sie von ihrer Satzung her nur Endprodukte untersuchen darf und auch nur solche Produkte, die weit verbreitet sind; sie darf technologische Prozesse, die die Umwelt belasten, eigentlich gar nicht untersuchen, - und sie darf Produkte, die noch nicht auf dem Markt sind oder gerade erst auf den Markt kommen, die aber möglicherweise für die stärkere Ökologisierung der Wirtschaft äußerst wichtig sein könnten, satzungsgemäß nicht untersuchen. Nun könnte man sagen, laßt uns die Verfassung dieser Stiftung ändern, dann wird alles besser. Das wäre sicherlich eine Möglichkeit; aber Satzungen, die erlassen worden sind, ändert man nicht so leicht. Und die Aufgabe, die sich stellt, ist wahrscheinlich auch breiter, als daß sie nur von einer Stiftung bisher bekannter Art erledigt werden könnte. Deswegen der Vorschlag, Unternehmen und Organisation in dem Sinne gesellschaftlich durchsichtiger zu machen, daß einer "Stiftung Unternehmenstest" der Auftrag erteilt würde, diese Transparenz gesellschaftlich erst einmal herzustellen.

Meine Damen und Herren, ich habe Sie vermutlich arg strapaziert und möchte daher zum Schluß kommen. Ich hoffe, daß wir über die Qualität des Wirtschaftswachstums jetzt qualifiziert weiter diskutieren werden. Ich bin mir im klaren, daß die Frage nach dem qualitativen Wachstum von niemandem so fragelos beantwortet werden kann, daß nicht jeder sogleich eine Fußnote anbringen oder Kritik vorbringen könnte. Das liegt daran, daß Qualitäten intersubjektiv - also zwischen Ihnen und mir - nicht ohne weiteres vergleichbar sind und auch in Zukunft nicht sofort vergleichbar gemacht werden können. Hierin liegt ein Problem, und deshalb muß man über qualitatives Wachstum weit intensiver nachdenken als über quantitatives Wachstum. Die Qualität des qualitativen Wachstums zu bestimmen ist und bleibt eine Aufgabe. Vielen Dank!